

27.09.2023

Stellungnahme zur Kommentierung von Straßen im Rahmen der aktuellen Debatte zum Umgang mit Straßennamen in Tübingen

Die Kommission zur Überprüfung der Tübinger Straßennamen hat im Januar 2023 seinen Abschlussbericht vorgelegt. Seither werden in der Tübinger Öffentlichkeit die Vorschläge zur Umbenennung und Kommentierung teilweise kontrovers diskutiert. Während die Vorschläge der Kommission überwiegend sinnvoll sind, gibt es einige kritische Punkte bei den Empfehlungen, auf die Geschichtswerkstatt Tübingen hinweisen möchte:

Unter Berücksichtigung der selbstgewählten Kriterien (besonders ethisches Problemfeld) der Kommission ist die Auswahl der zu kommentierenden Straßen nicht nachvollziehbar. Einerseits sollen weniger bedeutende Namensgeber kommentiert werden und andererseits sind gerade große Staatspolitiker wie Otto von Bismarck, oder Wilhelm I von Württemberg, die mit repressiven Handlungen und z.T. menschenverachtenden Entscheidungen (Bismarck) hervorgetreten sind, unbedenklich und sollen unkommentiert bleiben. Die Vorschläge zur Kommentierung sind aus Sicht der Geschichtswerkstatt daher unvollständig und wirken zuweilen beliebig bis politisch einseitig.

So löste der Vorschlag für einen Knoten zur Kommentierung der Clara-Zetkin-Straße Proteste aus. Die Geschichtswerkstatt schließt sich den Argumenten des Aktionsbündnisses „Kein Knoten für Zetkin“ (<https://keinknoten.wordpress.com>) an und hält diese einseitige Empfehlung angesichts des vorgeschlagenen Gesamtkonzepts der Kommission für falsch.

Die Problematik einer von der Kommission vorgeschlagenen Nichtbewertung der Bismarck-Straße lässt sich gerade an der Person des **Reichskanzlers Otto von Bismarck** (1815-1898) besonders gut veranschaulichen. Er hatte maßgeblich das Deutsche Reich und die deutsche Nation durch einen siegreichen Krieg gegen Frankreich geschaffen und dadurch entstand bereits eine verheerende Langzeitwirkung für die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert.¹ Der damalige Reichskanzler hat die Gesellschaft im Kaiserreich gespalten und polarisiert, einen Kulturkampf gegen die katholische Minderheit geführt und nationale Minderheiten wie die Polen unterdrückt. Besonders ging dieser Kanzler der monarchistischen-bürgerlichen Interessen gegen die anwachsende Arbeiterbewegung vor, die er mit dem Sozialistengesetz verfolgen ließ. Er hatte gemeinsam mit den monarchistischen Kräften die Demokratisierung Deutschlands bekämpft und die antidemokratischen Herrschaftsprivilegien wie das Drei-Klassen-Wahlrecht verteidigt. Außerdem vertrat er einen moderaten Antisemitismus² und setzte sich für eine deutsche Kolonialpolitik in Afrika ein.³ Diese Aufzählung zeigt, dass Bismarcks politisches Wirken gegen zahlreiche von der Kommission

¹ Eckart Conze: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. München 2021.

² Andrea Hopp: Auf Stimmenfang mit dem Vorurteil. Antisemitismus im Wahlkampf. In: Lothar Gall (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel. Paderborn 2002, S.263-280. S. 274f.

aufgestellten ethischen Kriterien verstoßen hat: Militarismus, Chauvinismus, Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Kolonialismus. Warum die Kommission dann ausgerechnet bei der Bismarck-Straße keine Kommentierung vorschlägt, bleibt völlig unverständlich.

In anderen Städten wie in Hamburg wird schon lange und intensiv über den Abriss der Bismarck-Denkmäler diskutiert. Die Geschichtswerkstatt hofft, dass kein anachronistisches Geschichtsbild der Kommission bei dieser Auswahl von kommentierten und unkommentierten Straßen zugrunde liegt. Deshalb fordern wir, die Bismarck-Straße entsprechend kritisch zu kommentieren. Ein solches Vorgehen sollte übrigens nicht ausschließen, dabei auch auf anerkannte historische Verdienste solcher Personen zu verweisen, z.B. die Einführung der Sozialversicherung durch Bismarck.

Auch die Wilhelm-Straße, benannt nach dem **König Wilhelm I von Württemberg** (1781-1864), wäre eine differenzierte Kommentierung wert. Der König von Württemberg trat vor allem in der ersten Phase seiner Regentschaft im Königreich Württemberg als wichtiger Staats- und Wirtschaftsreformer hervor. Er ließ jedoch in der 1848er Revolution das Stuttgarter Rumpfparlament militärisch unterdrücken und betrieb danach bis zu seinem Tod eine restaurative-antiparlamentarische Politik gegen die demokratischen und liberalen Kräfte in Württemberg.⁴

Außerdem haben weitere Namensgeber aus heutiger Sicht eine belastete Biografie und werden nicht kommentiert:

Beim **Lebens- und Bodenreformer Adolf Damaschke** (1865-1935), nach dem zu Ehren ein Weg im französischen Viertel benannt ist, führen Recherchen zu problematischen Ergebnissen. Bei Damaschkes zentralem Thema der Bekämpfung der Bodenspekulation war bereits im Kaiserreich eine ideologische Anschlussfähigkeit an die völkische Bewegung und später zum Nationalsozialismus vorhanden.⁵ Seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hat sich Damaschke offen zum Nationalsozialismus bekannt und besonders in seinem letzten Werk im Jahr 1935 die Kompatibilität seines reformerischen Positionen mit dem Nationalsozialismus hervorgehoben. Schon der Titel der Erinnerungen *Ein Kampf um Sozialismus und Nation. Vom Ringen um Boden für jeden Volksgenossen*⁶ ist ein Signal an die NS-Machthaber. Damaschke verwendete in dieser Erinnerungsschrift ein völkisches Vokabular: Dazu gehörten die Begriffe wie deutsches und fremdes Volkstum⁷, deutsche Stämme, nationaler Sozialismus und Volksgemeinschaft⁸ sowie Volksgenossen, die im Kontext seines Kampfes gegen Bodenspekulation und Bodenreform auftauchten. Diese Begriffe dienten im öffentlichen Diskurs auch als antisemitische Code- und Signalwörter.⁹ Wie Damaschke in diesem historischen Rückblick

3 Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht 1871-1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. Frankfurt a.M. 2007, S. 93 ff.

4 Bernhard Mann: Württemberg 1800 bis 1866. In: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Dritter Band: Vom Ende des Alten Reichs zum Ende der Monarchien. Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg, S. 255-331, hier S.309 ff.

5 Handbuch der völkischen Bewegung 1971-1918. Herausgeben von Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus Ulbrich. München 1999, S. 262 u. S. 293.

6 Adolf Damaschke: Ein Kampf um Sozialismus und Nation. Vom Ringen um Boden für jeden Volksgenossen. Dresden 1935.

7 Ebd., S.9.

8 Ebd., S.239.

9 Codierte Antisemitismus. In: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Herausgegeben von Wolfgang Benz. Band 8: Nachträge und Register. Berlin/Boston 2015, S.182-184.

schreibt, stand er mit führenden Antisemiten des Kaiserreichs wie Adolf Stöcker und Otto Böckel im engem Austausch. Von solchen bekennenden Antisemiten distanzierte er sich nicht und verteidigte deren antisemitische Agitation. Die Zusammenschau dieser Textpassagen zeigen seine Affinität zur nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie. Am Ende seiner Schrift bekennt sich Damaschke zur siegreichen NS-Bewegung und äußert die hoffnungsvolle Erwartung an eine grundlegende Bodenreform im Nationalsozialismus: *„So konnte ein neuer Versuch, aus dem Begriff dieser Volksgemeinschaft heraus eine soziale Neugestaltung zu gewinnen, diesmal zum Siege führen. (...) d.h. eine wirklich organische Neueinwurzelung der deutschen Menschen in ihr deutsches Vaterland!“*¹⁰

Daher ist eine kritische Kommentierung des Damaschke-Wegs notwendig, die Damaschkes affirmative Einstellung zur völkischen Blut- und Boden-Ideologie und sein Bekenntnis zum Nationalsozialismus aufgrund der Hoffnung auf Realisierung seiner Bodenreformidee darstellt.

Der Kommunalbeamte **Friedrich Wilhelm Raiffeisen** (1818-1888) war im Kaiserreich der Gründervater zahlreicher bäuerlicher Genossenschaften und Darlehenskassen gegen die angebliche Ausbeutung durch jüdischer Viehhändler und des „Zinswuchers“ Er sagte: *„Ich betrachte es für die Bevölkerung als das allein richtige und zugleich wirksamste Mittel, wenn sich dieselbe von den Juden selbst emancipiert, die betreffenden Geschäfte, namentlich die Geldangelegenheiten, selbst in die Hand nimmt und sich so vor den bisherigen verderblichen Einflüssen der Juden selbst schützt.“*¹¹ Die Raiffeisen-Bewegung war Ausdruck eines Agrarantisemitismus auf dem Land.¹² Eine Straße in Tübingen-Unterjesingen, die zu Ehren nach Friedrich Wilhelm Raiffeisen benannt ist, sollte diesen antisemitischen Kontext durch eine Kommentierung heute kenntlich machen.

Fazit

Diese Lücken in der Kommentierung von Tübinger Straßennamen zeigen die Notwendigkeit für eine weitere profunde Erforschung und Überprüfung aller Namen sowie einer offenen politischen Diskussion. Der Geschichtswerkstatt plädiert nicht für eine Ausweitung von Straßenumbenennungen, sondern für eine möglichst komplette und gerechte öffentliche Bewertung historisch belasteter Personen als Straßennamensgeber – unabhängig von deren sozialen und politischen Status sowie dem Bekanntheits- und Wirkungsgrad - durch eine Kommentierung und einen Knoten. Eine konsequente Kommentierung von Straßennamen ist ein demokratischer Beitrag zur Aufklärung im 21. Jahrhundert über problematische historische Tatsachen.

10 Damaschke 1935, S. 244f.

11 Michael Klein: Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888). S. 112.

12 Uri Kaufmann: Die Beheimeshändler oder der Alltag der jüdischen Viehhändler vor und nach der rechtlichen Gleichstellung und dem Ausbau des Eisenbahnnetzes. In: Geschichtswerkstatt, 15. Hamburg 1988, S. 7-18, hier S.16; Agrarantisemitismus. In: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 8: Nachträge und Register. Herausgegeben von Wolfgang Benz. Berlin/Boston 2015, S.155-157.